



SOMMER 2011 · NR. 30

ANTIBERLINER

2 | Abgetreten

Nach Mubaraks Sturz:
Warten auf ein besseres Leben

6 | Abwarten

Revolutionieren, reformieren, resignieren –
was wird aus dem arabischen Aufstand?

10 | Abschalten

Kein Wahlsieg mit Atomstrom – im
Windschatten eines Pseudoausstiegs



Dear Friends!

Der Antiberliner wird 30. Und wir sind da sehr traditionell, ein runder Geburtstag ist auf jeden Fall ein Grund zu feiern und ein Grund für Geschenke. Gefei-ert wird am 18.06.

im Rauchhaus und Geschenke gibt es auch. Denn euch ist sicher aufgefallen, dass der Antiberliner ein wenig zugelegt hat, das geht ja vielen so, wenn sie älter werden. Diese Körperfülle ist das Geburtstagsgeschenk des Antiberliners, denn diese Jubiläumsausgabe ist doppelt so dick wie sonst. Endlich genug Platz die Revolte im arabischen Raum aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, das machen wir insgesamt auf den Seiten 2-9. Weiterhin geht es um den Atomausstieg und Christina Schröders Vorstellung von Demokratie. Außerdem blicken wir nach Spanien und die dortigen Protest-camps und wir schauen zurück auf den verhinderten Naziaufmarsch in Kreuzberg am 14.05..

Der Antiberliner hat seinen Namen vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Diepgen, der die Menschen in Kreuzberg als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1.Mai1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also.

impressum

V.i.S.d.P.: Eberhard Diepgen
Fasanenweg 20
16547 Berlin

Redaktionskontakt:
[e] antiberliner@web.de
[i] www.antiberliner.de

Unterstützer_innen:
Antifaschistische Linke Berlin

Namentlich gekennzeichnete
Artikel spiegeln nicht
unbedingt die Position des
Redaktionskollektives wider.

»We are all Khaled Said« heißt die virtuelle Plattform, über die eine Jugendbewegung zu jenen Massendemonstrationen aufrief, die am 25. Januar 2011 begannen und schließlich am 11. Februar zum dem Abtritt des Machthabers führten. Khaled Said war ein Blogger aus Alexandria, der acht Monate zuvor im Alter von 28 Jahren von Polizisten auf offener Straße zu Tode geprügelt wurde. Der Grund? Noch immer unklar. Seine Verwandten sagen es war ein Video, das er ins Internet stellen wollte. Auf dem Film sieht man Polizisten, die

ge Gehälter, steigende Preise, Perspektivlosigkeit und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die zu einer zunehmenden Frustration in dem Land führten. Ein Grund dafür ist das rasante Wachstum der Bevölkerung, die sich in den letzten 30 Jahren auf rund 80 Millionen Einwohner verdoppelt hat. Auf der Suche nach Arbeit zogen viele in die großen Städte, was dramatische Auswirkungen hatte. Denn die Infrastruktur wurde an die wachsende Bevölkerung nicht angepasst. Die Verschmutzung von Wasser und Luft macht die

Quo vadis Ägypten?

Wie man einen Diktator per Internet aus dem Amt jagt, haben die Ägypter Anfang des Jahres vor-gemacht. 30 Jahre hatte Hosni Mubarak das Land mit Eiserner Hand regiert, bis ihn die Revolution überraschte und zum Rückzug zwang. Die Wut der Menschen hatte sich aber schon über Jahr-zehnte angestaut – wachsende soziale Ungerechtigkeit, alltägliche Korruption und massive Polizeigewalt brachten sie schließlich zum Ausbruch. So reichten am Ende Demonstrations-Aufrufe über Facebook aus, um in dem 80-Millionen-Einwohnerland einen historischen Aufstand zu entfachen

beschlagnahmte Drogen unter sich aufteilen, heißt es. Das Innenministerium behauptete damals hinge-gen, Khaled Said habe versucht, ein Drogenpäckchen herunterzuschlucken und sei daran erstickt. Trotz der vielen offenen Fragen wurde der Mord an dem Blogger zum Symbol für die Willkür eines brutalen Regimes.

Für den bekannten Internetaktivisten und Mitbe-gründer dieser zentralen Internetseite »We are all Khaled Said«, Wael Ghonim, beginnt drei Monate nach dem Sturz Mubaraks die Zeit der Aufarbeitung. Er werde ein Buch über die Tage des Umsturzes schreiben mit dem Titel »Revolution 2.0«, kündigt er an. Der Erlös soll vollständig an die Ägypter_innen fließen – in Armutsbekämpfung und Bildung. Auf Facebook erinnern ihn einige seiner Online-Freund_innen allerdings: »Die Revolution ist noch nicht vorbei. Vergessen wir das nicht.«

Und tatsächlich. Drei Monate nach dem Sturz Mu-baraks sind Resignation und Ratlosigkeit an die Stelle der nach-revolutionären Euphorie getreten. Zwar ist die politische Führung im »neuen Ägypten« fast vollständig ausgewechselt. Doch noch immer hat das Militär die Macht und die realen Probleme bleiben ungelöst. So mancher hatte auf das schnelle Geld spekuliert. Das auf etliche Milliarden Dollar geschätzte Vermögen der Familie Mubarak reiche doch aus, das Land zu sanieren, hofften einige in den Tagen der Revolte auf dem Tahrir-Platz. Zwar sind die »Rechtsver-einigung zur Rückführung der Vermögenswerte des Volkes« und mehr als hundert Anwälte derzeit auf der Jagd nach dem Geld – das vermutlich zum Großteil auf ausländischen Konten lagert. Wie lange die Suche dau-ern wird und welchen Erfolg sie bringt, ist aber offen. Außerdem liegen die Gründe für die Revolte tiefer. Bei deren Betrachtung wird klar, eine schnelle Lösung ist nicht möglich.

Es waren vor allem die hohe Arbeitslosigkeit, niedri-

Lebensbedingungen noch schlechter. Aktuell lebt ein Viertel der Bevölkerung mit weniger als zwei US-Dol-lar pro Tag unterhalb der Armuts-grenze.

Um die hohe Arbeitslosigkeit zu senken und ein-em Aufstand vorzubeugen, schaffte Mubarak einen riesigen bürokratischen Apparat mit sechs Millionen Angestellte und damit weitere Probleme. Anstatt Schulen, Straßen und Krankenhäuser zu errichten, wurden Polizeistationen gebaut. So wurden allein dem Innenministerium 1,7 Millionen Mitarbeiter_innen unterstellt, darunter rund 400.000 Geheimpolizisten der Staatssicherheit, die für willkürliche Verhaftungen und Folter berüchtigt waren. Beamte werden noch immer sehr schlecht bezahlt und können von ihrem Gehalt oft nicht leben. Institutionalisierte Korruption ist die Folge: Im Korruptionswahrnehmungsindex der Organisation Transparency International kam Ägypten 2010 auf Platz 99 von 180 Ländern. Deutschland stand zuletzt auf Platz 16.

Seit der Revolte hat sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Das ägyptische Finanzminis-terium geht von bislang 3,5 Milliarden Dollar Verlust aus – Hauptgrund ist der Rückgang des Tourismus, eine der Haupteinnahmequellen des Landes. Offizi-elle Prognosen für Wirtschaftswachstum in Ägypten wurden jüngst deutlich zurückgeschraubt: Für das Ge-schäftsjahr 2010/2011 liegen sie nicht mehr bei sechs sondern nur noch bei zwei bis drei Prozent.

Ein weiterer Grund für die Revolte waren Polizeigewalt und staatliche Repressionen. Zwar wurde die verhasste Staatssicherheit aufgelöst. Doch auch der jetzt regierende Militärrat geht mit seinen Kritiker_innen nicht gerade glimpflich um: Anfang April ließ er den Tahrir-Platz in Kairo räumen, woraufhin es zu heftigen Ausschreitungen zwischen Demonstrant_innen und Polizei mit zwei Toten kam. Zwar macht die Militär-regierung gerne mal wichtige Mitteilungen über Fa-

cebook publik. Der Blogger Maikel Nabil wurde aber wegen »Beleidigung des Militärs« zu drei Jahren Haft verurteilt – wegen eines kritischen Artikels.

Dennoch, ein Großteil der Bevölkerung vertraut dem Militär nach wie vor – vielmehr gelten die Polizisten als die Hauptverantwortlichen für jede Form der Unterdrückung. Während die Polizei sich während der Massenproteste im Januar und Februar aus der Öffentlichkeit zurückzog, blieb die Armee präsent. »Volk und Armee gehen Hand in Hand«, war einer der Hauptlogans auf dem Tahrir-Platz.

Auch im Alltag ist der Glaube der Ägypter_innen an die Streitkräfte unerschütterlich – und das beweisen sie etwa beim Kauf eines Fernsehgeräts.

Denn die Armee ist in Ägypten ein wichtiger Wirtschaftssektor – im produzierenden Gewerbe wie als Betreiber von Hotels oder Supermärkten. Und ein vom Militär hergestelltes TV-Gerät gilt als besonders robust.

Zu den wirtschaftlichen Problemen kommen in Ägypten die andauernden Spannungen zwischen Christ_innen und Muslim_innen. Gab es während der Revolte beispielsweise noch Christ_innen, die eine Menschenkette zum Schutz betender Muslim_innen errichtet haben und Muslim_innen, die sich schützend vor Christ_innen gestellt haben – drängen sich jetzt andere Bilder vor. So reichte jüngst eine religionsübergreifende Liebesgeschichte aus, um zur Eskalation zu führen: Der Verlauf: Eine 25-jährige Koptin will sich von ihrem Mann – ebenfalls Kopte – scheiden lassen, um ihren muslimischen Geliebten

heiraten zu können. Aber: Die koptische Kirche verbietet in Ägypten Scheidungen. Die Frau will also zum Islam konvertieren und taucht mit ihrem Freund ab. Ihre Familie macht sie ausfindig und sperrt sie in einer Kirche ein. Ihr Geliebter hat inzwischen muslimische Freund_innen und Bekannte aktiviert, die die Frau befreien wollen. Bilanz der darauf folgenden Ause-

andersetzung: 15 Tote und rund 200 Verletzte.

Doch es gibt auch kleine Erfolge, die die Revolte inzwischen bringt: Gegen etwa ein Dutzend früherer Topfunktionäre des Mubarak-Regimes wird wegen des Verdachts auf Korruption ermittelt – erste Urteile zu mehrjährigen Haftstrafen sind schon gesprochen. Mubarak muss sich auch

wegen der blutigen Niederschlagung der Proteste verantworten – mehr als 800 Tote hat es in den Wochen des Umsturzes gegeben, viele sind erschossen worden.

Inzwischen ist Mubaraks Partei, die NDP, aufgelöst, eine Opposition – die jahrelang weitgehend verboten war – rappelt sich langsam auf. Und es ist ein Gefühl des Stolzes der bisher unterdrückten Menschen entstanden, der bleiben wird. Auch ihren Humor haben die Leid erprobten Ägypter_innen nicht verloren. Sie erzählen über Mubarak folgenden Witz: Mubarak trifft nach dem Tod seine Vorgänger Gamal Abdel Nasser und Anwar Sadat. Sie fragen ihn: »Gift oder Parade?« (Verschwörungstheoretiker behaupten, Nasser sei vergiftet worden; Sadat wurde bei einer Militärparade erschossen). Mubarak schaut beschämt zu Boden und murmelt: »Facebook.«



Wer hat die Stadt?

Berlin liegt in den Händen privater Investor_innen und Unternehmen. Besetzte Häuser wurden geräumt, landeseigene Wohnungen verkauft, die S-Bahn privatisiert. Grundbedürfnisse wie Wohnraum, Mobilität, Wasser und Energie sind eine handelbare Ware, deren Preis in den letzten Jahren in die Höhe schnellt. Wer sich das nicht leisten kann, wird an den Rand gedrängt und von sozialdarwinistischen Hetzern wie Thilo Sarrazin fertig gemacht. Doch schon lange wird diesem Prozess nicht tatenlos zugesehen: Es finden Kämpfe statt gegen steigende Mieten, neoliberale Stadtumstrukturierung, für die Offenlegung der Geheimverträge der Wasserprivatisierung und gegen das S-Bahnchaos.

Unter dem Titel »Nehmen wir uns die Stadt!« laden die ALB u.a. zu einer Informationsveranstaltung im Festsaal Kreuzberg. Referiert wird zu den Themen Mieten, Mobilität, Rechtspopulismus und Privatisierung, anschließend wird Raum geboten für Diskussion, Vernetzung und Austausch. Die Veranstaltung bildet den Auftakt für eine Stärkung und Vernetzung der außerparlamentarischen Kämpfe.

»Nehmen wir uns die Stadt!«

Dienstag | 21. Juni 2011

19 Uhr | Festsaal Kreuzberg

Tante Käthe: Autotrophie

Und während sie sprach hauchte sie Frühlingsblüten aus ihrem Munde. Schön soll sie gewesen sein, die Vegetationsgöttin, und manche nannten sie Chloris. Umworben und begehrt wurde sie von Zephyr, der Verkörperung des Westwindes. Feste wurden ihr zu Ehren bei den alten Römern abgehalten. Solcherlei Veranstaltungen stehen in unseren Zeiten nicht mehr auf der Tagesordnung, dennoch erweckt die Betrachtung der sie symbolisierenden Gewächse auch heute noch Gefühle der Freude. In dem, was in der zunehmend schwieriger werdenden Diskussion um »die Natur« subsumiert wird, bildet sie den der Tierwelt, der Fauna, gegenüberstehenden Part, die Flora oder Pflanzenwelt. Auch in urbanen Lebenswelten möchten wenige auf sie verzichten, selbst wenn in dreiakordaffinen Kreisen gelegentlich die Rückkehr zum Beton gefordert wird. Längst hat sie, dem Dik-

tat des Marktes unterworfen, überall ihren Preis. Sei es in Nationalpark, Landwirtschaft oder Blumenhandel. Preise, so wissen wir, sollen Werte ausdrücken. Werte werden unterschieden in Gebrauchs- und Tauschwerte. Über erstere lässt sich im Falle des Blumenhandels sicher eine interessante Diskussion führen, der Tauschwert ist da vielleicht etwas handfester. Olle Kalle hat herausgefunden, dass sich der Tauschwert einer Ware ergibt aus der in ihr steckenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Einfach ist das alles nicht, doch komplizierter kann es noch werden bei weniger profanen Dingen als Blumen. So zum Beispiel bei den Preisen von Grund und Boden oder auch Immobilien, die abhängig sind von einer Reihe an Faktoren. Wichtig sind dabei immer die gesellschaftlichen Umstände. Wenn beispielsweise ein Haus in bester Filetlage im Hamburger Schanzenviertel für viele Millionen verschertelt werden soll, dann macht es einen Unterschied, wenn es sich zufällig um die Rote Flora handelt. Im Supermarkt stehen die Preise fest, auch wenn wir den Wert in Frage stellen können, hier haben wir Einfluss auf beides. Mit den Worten eines aktuellen Musikstückes: »Ihr bestimmt die Zeit und holt die Polizei, aber wir bestimm' den Preis, ihr habt euch verschätzt!«



Und trotzdem gehen die Ereignisse in der geographischen Großregion weiterhin ihren Gang. In einigen Ländern überwiegt dabei bislang die Repression gegen die demokratischen und sozialen Protestbewegungen, so in Syrien, wo der Massenprotest am 15. März 2011 und mit einer massiven Gewalt seitens der Staatsorgane beantwortet wurde. Letztere kostete bis Ende Mai etwa 1.000 Tote, schaffte es jedoch nicht, den Unmut auf der Straße einzudämmen. Vielmehr hat der überwiegend unbewaffnete Aufstand, von den Grenzregionen aus, seit Mitte Mai auch

Unter Vermittlung mehrerer Golfmonarchien war ein Abkommen über eine »Übergangsperiode« mit Oppositionskräften ausgehandelt worden, das Präsident Salah am 22. Mai dieses Jahres unterzeichnen sollte. In letzter Minute sträubte er sich doch noch ein weiteres Mal und berief sich – unter dem altbekannten Motto »Ich oder das Chaos« - darauf, falls er einen erzwungenen Abgang mache, drohe die Terrorbewegung Al-Qaida verstärkten Einfluss auf sein Land zu nehmen. Doch unter dem vereinten Druck der Opposition, die seit geschlagenen

Abschluss kommen. In Tunesien ist dies am 14. Januar 2011 erreicht worden, in Ägypten am 11. Februar.

In beiden Fällen verloren die jeweiligen autoritären Regimes ihren Kopf, durch die Flucht des Präsidenten (Zine el-Abidine Ben Ali) im ersten und seinen Rücktritt (Hosni Mubarak) im zweitgenannten Falle, ohne dass sie deswegen »an Haupt und Gliedern« zerstört worden wären. Die bislang unvollendet gebliebenen demokratischen Revolutionen erzwangen eine demokratische Öffnung. So wird in Tunesien voraussichtlich am 24. Juli dieses Jahres ein Parlament gewählt werden – das zugleich insofern verfassungsgebende Versammlung sein wird, als es substanzielle Änderungen am Verfassungstext vornehmen soll. Bislang waren bei solchen Wahlen von vornherein 80 Prozent der Sitze für die frühere Staatspartei, den RCD (»Demokratische Verfassungs-Sammelnsammlungspartei«), reserviert. Dies wird nunmehr anders und das Rennen wird tatsächlich relativ offen sein, zumal der RCD inzwischen durch die Justiz verboten und für aufgelöst erklärt wurde. Die Wahl, deren Termin eventuell noch verschoben werden könnte, wird nach dem Verhältniswahlrecht ablaufen, wobei das Staatsgebiet allerdings in Wahlregionen mit jeweils knapp zehn Sitzen eingeteilt sein wird – so dass eine Partei oder eine Liste über zehn Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten muss, um ins Parlament einziehen zu können. Schwächere politische Kräfte werden also erhebliche Schwierigkeiten aufweisen.

In Ägypten wird wohl im September oder Oktober ein Parlament, und zwei Monate später dann ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Außerdem wird mit einer stärkeren pluralistischen Auswahl für die Wähler_innen und dieses Mal nicht, oder zumindest weniger stark, manipulierten Ergebnissen als in früheren Zeiten zu rechnen sein. Anders als in Tunesien kann die frühere Staatspartei während der Mubarak-Ära, die »Demokratische Nationalpartei« NDP, allerdings in veränderter Form am Rennen teilnehmen. Welche politischen Kräfte durch die jeweiligen Wahlprozesse begünstigt werden, ist derzeit noch ungewiss.

Nach der Revolte ist vor dem Aufstand

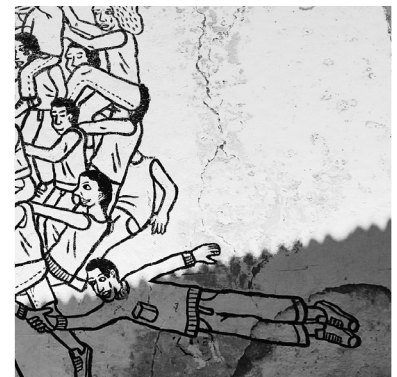
Atomkraftwerk durchgebrannt, Ossama Bin Laden erwischt und getötet, Dominique Strauss-Kahn in New York verhaftet: Die Revolten und Revolutionen in den arabischsprachigen Ländern haben in diesem schnelllebigen, so genannten Informationszeitalter ihren Platz auf den Titelseiten der Printmedien fürs Erste verloren. Noch vor Wochen waren sie »das« Schlagzeilenthema, doch hält solche Aufmerksamkeit in der Medienwelt bekanntlich nicht lange vor. Selbst der militärisch ausgetragene Konflikt zwischen Regime und Rebellen in Libyen, der von seiner Genese her auch zu den »arabischen Revolten« gehört – obwohl er längst durch eine internationale militärische Intervention, einen sozusagen klassischen Krieg »überwölbt« wird – schafft es kaum noch auf die Seite Eins

Bernhard Schmid

das Umland der Hauptstadt Damaskus stärker erfasst. Noch ist allerdings völlig unklar, ob bzw. wann das Regime ins Wanken geraten könnte.

Als dritter Präsident in einem arabischsprachigen Land befand sich Ali Abdallah Saleh, unter dessen Herrschaft der Jemen seit 1979 (für den Nordjemen, und seit der »Wiedervereinigung« von 1990 auch die Südhälfte) steht in der vorletzten Maiwoche kurz vor dem Einknicken.

drei Monaten in wiederholten Abständen Millionen von Menschen auf die Straßen brachte, der »Vermittlerstaaten« in der Region sowie der US-Administration, die auf einen geordneten »Übergang« drängt, dürfte die Ablösung des seit 32 Jahren autokratisch regierenden Präsidenten dennoch nur noch einen kurzen Zeitraum erfordern. Dadurch würde in einem der ärmsten arabischsprachigen Ländern jener demokratische Aufstand zu einem vorläufigen



Gleichzeitig sind die repressiven Organe der jeweiligen autoritären Regimes zwar für einige Zeit zurückhaltender in ihrem Auftreten geworden, jedoch noch keineswegs verschwunden. So warf die bekannte Menschenrechts-Anwältin Radhia Nasraoui am 21. Mai den tunesischen Behörden vor, sie folterten weiterhin. Dies schien in den ersten Wochen nach dem Umbruch vorläufig eingestellt, wurde jedoch offenbar wieder aufgenommen. In Ägypten wiederum hat der »Oberste Rat der Streitkräfte« bei der Abdankung von Präsident Mubarak die Lenkung des Staates direkt übernommen und eine Militärregierung eingesetzt, die bis nach den nächsten Wahlen amtiert wird. Anfänglich war das Militär dabei sogar noch durchaus populär, da sie es während der Anfänge der Massenproteste vermieden, in direkte Konfrontation zur demokratischen und sozialen Protestbewegung einzutreten. Denn ihre Führung setzte, in Abstimmung mit der US-Administration, auf eine kontrollierte Ablösung der Regimespitze und einen »geordneten« Übergang. Seit den heftigen Zusammenstößen auf dem Tahrir-Platz in Kairo von Anfang April, bei denen die Armee erstmals Schusswaffen mit scharfer Munition einsetzte und zudem Militärs, die die Protestbewegung unterstützten tötete, ist diese scheinbare »Idylle« jedoch verfallen.

Über den Fortgang, oder Stopp, der seit einigen Monaten vordergründig eingeleiteten Demokratisierung der politischen Systeme in Tunesien und Ägypten wird sicherlich auch das Ergebnis der kommenden Wahlen mitentscheiden. Die ganz große Frage ist jedoch daneben, welche sozialen Veränderungen parallel dazu eintreten werden oder nicht. Denn dies ist, was einen ganz wesentlichen Teil der Bevölkerung besonders interessiert. Ursprünglich war es ja eine Revolte von Arbeitslosen und desillusionierten Jugendlichen, die ab der zweiten Dezemberhälfte 2010 von Zentraltunesien aus den Stein der Proteste ins Rollen brachte. Von den »vernachlässigten« (küstenfernen) Regionen in Zentral-, West- und Südtunesien aus breitete sich die Protestbewegung dann auf das übrige Land aus, bevor der Funke wenige Wochen später auf Ägypten und in der Folgezeit auf weitere arabischsprachige Länder übersprang.

Sehr fraglich ist bislang jedoch, ob in Zukunft auch das bisherige »Wirtschaftsmodell« einer gründlicheren Veränderung unterzogen wird. Dies müsste es aber, möchte man den Hoffnungen, Wünschen und Forderungen der sozial Deklassierten halbwegs befriedigende Antworten entgegenbringen. Doch gleichzeitig

Angesichts der anhaltenden Streiks auf breiter Front, häufig stattfindender Demonstrationen und sonstigen politisch-sozialen Konflikten in Tunesien drohen sie derzeit massiv damit, ihre Gelder abzuziehen und im »ruhigeren« Marokko anzulegen. Auch dort haben inzwischen allerdings massive soziale Proteste stattgefunden.



ist der Druck derer, die nicht wollen, dass dieses »Wirtschaftsmodell« nicht oder nicht ernsthaft angetastet wird, stark. Dabei wird mit Zuckerbrot und Peitsche gearbeitet. Ersteres besteht in der großzügigen Ankündigung etwa seitens der EU, den tunesischen politischen Eliten »unterstützend« und »beratend« bei den allfälligen »Reformen« zur Seite zu stehen. Dazu soll auch eine »Konferenz von Karthago« dienen, welche am 10. Februar zwischen dem damaligen Übergangs-Premierminister Mohamed Ghannouchi und Angela Merkel vereinbart worden war. Ursprünglich sollte diese Konferenz schon Ende März stattfinden, aufgrund anhaltender innenpolitischer »Instabilität« und fast täglich stattfindender Demonstrationen wurde sie damals jedoch verschoben.

Den Druck mit der »Peitsche« handhaben unterdessen ausländische wie inländische Firmen:

den, seit dem 20. Februar und bislang ohne Unterbrechung, welche die herrschende Monarchie auch zu Zugeständnissen zwingen, ohne bisher ihren Sturz greifbar werden zu lassen.

Unterdessen kam es in Ägypten, wo es erst seit 2006 Ansätze zu einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung gibt, infolge der politischen Umbrüche zu einer Explosion von Streiks. Diese haben, obwohl in jüngster Zeit massiven Repressionsdrohungen seitens der regierten Militärs ausgesetzt, bereits wichtige Ergebnisse hervorgebracht. So wird nun in Ägypten zum allerersten Mal ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt. Und der bisherige staatsnahe, eher als Kontrollinstanz in den Betrieben denn als Interessenvertretung wirkende, offizielle »Gewerkschaftsdachverband« steht vor seiner Auflösung. Unterdessen befinden sich neue Gewerkschaften im Aufbau. ★



1. Die Welt von morgen. Der Massenaufstand auf dem Tahrir-Platz in Kairo prägte das kollektive Bild vom »arabischen Frühling«. Die Erhebung von Abertausenden löste in der ganzen Welt zuerst ungläubiges Staunen und später grenzenlose Begeisterung aus. Sie dokumentierten nichts weniger als den Wiedereintritt des Citoyen, des freien Bürgers, in die jüngere arabische Geschichte: Der Tahrir-Platz, der größte städtische Platz der arabischen Welt, war in ein basisdemokratisches Labor der Revolte verwandelt

übernahmen selbst die Regie. Jetzt besetzten die Massen den öffentlichen Raum, der zuvor nur der manipulativen Staatspropaganda vorbehalten war - und sie redeten selbst. Die Herrschenden in den arabischen Ländern waren es gewöhnt, ihren Gesellschaften mit Verachtung und Herablassung zu begegnen. Ihre Sprache kannte keinen Dialog und sie sahen in den Empfängern ihrer Botschaften bloßes Publikum. Diese autokratische Taubheit, die gesellschaftliche Kritik bestenfalls als abstruses Geräusch einer undifferenzierten

schern, in dem die imperiale Kontrolle indirekt und rein wirtschaftlich ausgeübt wurde, oder in einzelnen Ländern, wie in Palästina und im Irak, Formen eines neuen Kolonialismus annahm. Raum für Demokratie und soziale Gerechtigkeit gab es in diesem vorgegebenen Rahmen nie. Lediglich Israel prahlte damit, eine Oase des Lichts im Herzen der arabischen Finsternis zu sein, sicherte aber seine innere Liberalität durch ein ausgefeiltes System aus gesellschaftlicher Segregation, Besetzung der palästinensischen Gebiete und militärischer Intervention.

Kampf der Welten

Der arabische Revolutionssturm bleibt ein epochales Ereignis. Was aber wird sich durchsetzen – die Panzer der verbliebenen Despoten oder der Freiheitswille der Aufständischen?

Martin Glasenapp

worden. Wir sahen einen Aufstand, dessen Erfindungsreichtum und solidarisches Miteinander von Anfang bis Ende ohne anerkannte Führung, klassisches Hauptquartier und politische Parteien auskam. Sämtliche organisatorischen Fragen, Entscheidungen, etwa, wie man kommunizieren, was man am nächsten Tag fordern sollte, wurden durch die tägliche Praxis beantwortet und ergaben sich aus der Reaktion auf neue Situationen. Die Magie dieses Massenaufstandes lag in der kollektiven Aktion der Hunderttausenden, die niemand vorhersah und die erst im Moment ihrer eigenen Handlung zu ahnen begannen, dass sie tatsächlich siegen können. Die tunesische Revolte legte die Spur, sie war der Anfang von allem. Aber erst der ägyptische Volksaufstand ließ den Funken der Freiheit in die ganze Region überspringen.

2. Das Ende der Ohnmacht. Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten machten allen arabischen Herrschern klar, dass ihre Stunde geschlagen hat. Als Mubarak, einer der mächtigsten unter ihnen, abdanken musste, begann die arabische Erde zu beben. Der Slogan, der die Proteste zwischen Tunis und Sanaa (Jemen) verband, lautete unabhängig von Religion und Klassenherkunft: »Karama!« – Würde, und: »Das Volk will den Sturz des Regimes!«. Die Jahrzehnte der Furcht, der Bann aus staatlicher Willkür und Folter, der die arabischen Gesellschaften gefangen hielt, sind aufgebrochen. Auf einmal bedeutete das Konzept »Revolution« nicht länger Militärputsch, sondern die Zuschauer_innen

Masse registrierte, wurde zu einem entscheidenden Faktor für die Dynamik der Revolte. Zwei Beispiele von vielen. Nur einen Tag nach dem Sturz von Ben Ali warf im libyschen Staatsfernsehen Muammar al-Gaddafi der tunesischen Bevölkerung »Undankbarkeit« gegenüber ihrem in die Flucht getriebenen Diktator vor. Ein Übergreifen der Revolte aus dem Nachbarland erklärte er für undenkbar, da in Libyen die »Volksherrschaft« bereits Wirklichkeit sei. Als sich wenig später in Bengasi tatsächliche Volkskomitees bildeten, wurde Gaddafis Vision zu einer Realität, allerdings richtete sie sich gegen ihn selbst. Diesen plötzlichen Einbruch der Wirklichkeit deutete der »Revolutionsführer« nur als Tat einer in den Wahnsinn getriebenen Menge, der Al Qaida halluzinierende Drogen in den Kaffee geschüttet habe. Auch der syrische Präsident Baschar al-Assad behauptet, dass in erster Linie »feindliche Kräfte«, im speziellen die im Land verhassten Amerikaner und »Zionisten« hinter dem Aufruhr steckten.

3. Die Welt von gestern. Ein ägyptischer Demonstrant in London nannte es wenige Tage vor dem Rücktritt Mubaraks in einem bewegenden YouTube-Interview den »Wunsch aller Wünsche«: Demokratie, also zeitliche Begrenzung der Präsidentschaft, freie Wahlen, politischer und kultureller Pluralismus, Bürgerrechte. Noch vor fünf Monaten war die arabische Welt der einzige »Kontinent«, auf dem sich das völlige Fehlen gesellschaftlicher Freiheiten, das kein spezifisches arabisches Übel ist, mit einer westlichen Vorherrschaft verband. Die politische Landkarte bildete ein Regionalsystem aus degenerierten nationalistischen Diktaturen und mafösen Feudalherr-

4. Der Staat als Beute. Die modernen arabischen Despoten herrschten nicht allein durch Vetternwirtschaft, Unterdrückung und Folter. Sie importierten auch einen harten Neoliberalismus, der das politische System praktisch in ein System des offenen Diebstahls verwandelte. Dieser Mafia-Kapitalismus erfüllte keine der Wohlstandserwartungen ihrer schnell wachsenden und jungen Bevölkerungen, sondern er schuf, noch stärker als an seinem Ursprung im Westen, eine explosive Konstellation, in der die Reichen, die Günstlinge der Regime, immer reicher und die Armen immer ärmer wurden. Die perverse Staatskorruption zündete nicht nur den arabischen Revolutionsfunken, sie ließ auch den wirtschaftlich begründeten Protest in den Hintergrund treten. Von Anfang an ging es um radikale politische Forderungen: Die Herrscher müssen gehen, erst danach lassen sich alle weiteren Fragen wieder verhandeln.

5. Der Sommer der Konterrevolution. Nach fünf Monaten Rebellion haben die alten Regime Stellung bezogen – und schießen blutig zurück. In Ägypten will das Militär die neu gewonnen politischen Freiheiten domestizieren. Vor wenigen Tagen reisten hohe Generäle in die Türkei. Der Generalstab sieht in der türkischen Stahlhelm-Demokratie ein mögliches Modell für einen autoritär gelenkten Parlamentarismus. In Libyen wurde der Aufstand längst zum Bürgerkrieg in dem die NATO-Angriffe »die Machtfrage ins Ausland verlagert« (Süddeutsche Zeitung) haben. Offen ist, ob Gaddafi überleben kann, denkbar ist auch ein westliches Protektorat Bengasi zur Kontrolle der Ölhäfen. Die Demokratiebewegung in Bahrain wurde geopfert, damit Saudi-Arabien und die Golfemirate dem Libyen-Krieg zustimmten. Die Milliarden der saudischen Petrodollars in den USA und Europa bilden ein bedeutendes Fundament der globalen Finanzarchitektur. Dafür nimmt der Westen auch »chinesische Lösungen« in Kauf: In Bahrain herrscht faktisch das Kriegsrecht, mehr als tausend Menschen sind verhaftet, Hunderte sind »verschwunden«, mindestens fünf politische Gefangene starben unter der Folter. Am 14. März schossen Interventionstruppen aus Saudi-Arabien und den



Vereinigten Emiraten den Aufstand endgültig nieder. Außenministerin Clinton warnte vor weiteren »Unruhen« und beschuldigte den Iran die Golfstaaten zu »destabilisieren«. In Bahrain liegt ein wichtiger Marinestützpunkt der USA. Für die westliche und saudische Stabilität wurde das Fürstentum in ein Guantanamo am Persischen Golf verwandelt.

6. Moralische Doppelstandards. Der zu beiseitigende Schurke der laufenden Saison heißt Gaddafi, so lautet der imperiale Deal. Die fetten Könige und Golfstaatsprinzen haben sich in Sorge um ihre Pfründe für die vorbeugende Konterrevolution entschieden. Um seine Untertanen zu befrieden, verteilt das saudische Königshaus schnelles Geld für Häuserbau und kündigt milliardenschwere Sozialprogramme an. Die arabischen Emirate (VAE) lassen alle öffentlichen Plätze mit Kameras überwachen und heuerten für 500 Millionen Dollar die privaten »US-Söldnerfirma« Blackwater an, die bereits im Irak und in Afghanistan Angst und Schrecken verbreitete, um Hunderte aus Lateinamerika und Südafrika für den »Antiterror-Krieg« zu schulen. Dazu zählen auch die Niederschlagung innerer Aufstände und eventueller Rebellionen in Lager gepferchter Arbeitsmigrant_innen aus Südostasien. Am selben Tag, an dem die ersten NATO-

Cohn-Bendit), der aufbegehrenden Jugend in Sanaa mit Aufrufen zur Hilfe geeilt. Im Jemen wurden mehr als 400 Demonstrant_innen getötet, 12.000 wurden verletzt und mindestens 2.000 sind verhaftet.

7. Die zweite Welle. Blutigere Verhältnisse herrschen nur in Syrien. Die über 40-Jährige Alleinherrschaft der Baath-Partei hat das Land nicht nur ausgebeutet, sondern auch mit einer Kultur der Angst verkrüppelt. In Syrien paart sich die Korruption der ehemals sowjetischen Republiken mit einer polizeilich überwachten Abschottung nach chinesischem Muster. Seit Wochen tötet der syrische Sicherheitsapparat im Auftrag der Assad-Sippe nach Belieben. Menschenrechtler sprechen von ca. 1.000 Toten; Schulen und Fußballstadien wurden in Gefangenenlager und Folterzentralen verwandelt. Der Mut der Demokratiebewegung ist noch nicht gebrochen, aber springt der Funke nicht auf die großstädtischen Mittelschichten über, droht die völlige Niederschlagung des Aufstandes oder der Übergang in einen Bürgerkrieg niederer Intensität. Beides wird noch höhere Opfer fordern. Niemand von der syrischen Opposition fordert eine Militärintervention des Westens. Niemand will einen zweiten Irak oder libysche Zustände. Israel und die USA halten lieber an Baschar al-As-

chen Ausdruck wie in Tunesien oder Ägypten, deren militärische Niederschlagung per Video und Al-Jazeera weltweit verfolgt würde.

8. Lernen, nicht beurteilen. Wie wird der »arabische Frühling« weitergehen? Keine Zukunft kommt über Nacht. Wir dürfen nicht in Monaten denken, sondern es wird Jahre brauchen, bis wir wirklich sehen, wie tief die Resonanzen gehen. Denn es ist noch längst nicht zu Ende. Eines ist aber heute schon sicher: Das Zeitalter der arabischen Ohnmacht wurde von einer neuen Realität abgelöst, die zuvor undenkbar Perspektiven eröffnet hat. Wir fragen heute nicht mehr, ob überhaupt etwas in der arabischen Welt geschehen kann, sondern allein: was ändert sich jetzt und welche neuen Möglichkeiten gibt es? Mehr noch: Die Aufstände haben die rassistische Interpretation vom ewigen »Kampf der Kulturen« hinweggefegt. Der »Revolutionssturm« brach das Klischee, dass sich arabischen Gesellschaften allenfalls zwischen einer säkularen Diktatur und einer islamischen Theokratie entscheiden. Es ist kein Platz mehr für das Gerede über Ausnahmen oder historische und kulturelle Besonderheiten. ★

Ägypten: Der inszenierte Kampf der Religionen

Seit den massiven Protesten gegen Mubarak und dessen Rücktritt ist in der internationalen Presse immer wieder von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen koptischen Christ_innen und Muslim_innen in Ägypten die Rede. Diese Spannungen bestanden auch vor dem Umsturz, scheinen aber nun, laut der Berichterstattung zuzunehmen



Insbesondere seien es die konservative koptische Minderheit, die zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht und die Salfist_innen, eine radikale Strömung des sunnitischen Islam, die hier aufeinander treffen. Diese sektiererischen Zusammenstöße die meist als »sectarian clashes« bezeichnet werden, bestimmen die Wahrnehmung im In- und Ausland. Bei einer genaueren Betrachtung der Vorfälle treten allerdings einige Ungereimtheiten zu Tage.

Ein Beispiel: Eine Gruppe von Kopt_innen hatte als Reaktion auf Zusammenstöße christlicher und muslimischer Gruppen am 8. Mai 2011, bei denen mindestens neun Menschen starben, ein Protest-Camp vor dem Gebäude des staatlichen Fernsehens errichtet. Damit wollten sie gegen das Vorgehen des Militärs und für Religionsfreiheit zu demonstrieren. Der Protest war nicht anti-muslimisch ausgerichtet und bald kamen junge muslimischen Aktivist_innen dazu, um den Protest zu unterstützen. Gemeinsam wurden Sprechchöre laut gegen den Vorsitzenden des Militärrats Tantawi und für ein friedliches Zusammenleben der Religionen. Außerdem wurde die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert. Die Stimmung der Proteste wurde von vielen mit der auf dem Tharir Platz verglichen. Das Protest-Camp sah sich mit einer wiederkehrenden Repression seitens der Polizei konfrontiert, die immer wieder versuchte auf den Platz vorzudringen und Einzelpersonen zu verhaften. Am späten Nachmittag des 14. Mai griffen ca. 500 Personen in Zivil die Kundgebung mit Feuerwaffen und Molotov-Cocktails an. Es handelte sich dabei laut Zeug_innenberichten nicht um radikale Muslim_innen sonder um sogenannte »baltagua« bezahlte Schläger_innen, die auch die Demonstrationen gegen Mubarak angegriffen hatten und schon in dessen Regime bei der Einschüchterung der Bevölkerung eine wichtige Rolle spielten. Einige von ihnen wurden als

mutmassliche Anhänger_innen der alten Staatspartei NDP identifiziert. Gegen 23:00 Uhr griff das Militär ein, räumte den Platz unter Einsatz von Rauchbomben und Tränengas und nahmen etliche Personen fest. Die Bilanz: zwei Tote, 58 Verletzte und 50 Festnahmen.

Die Gesamtstrategie der Militärführung glich bis in Detail der Räumung des Tharir-Platzes am 9. März. Auch damals war das Protestcamp zunächst von Personen in Zivil angegriffen worden, was es dem Militär ermöglichte im Namen der öffentlichen Ordnung einzugreifen, das Protestcamp zu zerstören und über 200 Aktivist_innen gefangen zu nehmen. Der entscheidende Vorteil aus Sicht des Militärs ist dabei die Möglichkeit sich als schlichtende und vermittelnde Instanz darstellen zu können und so nicht als Aggressor wahrgenommen zu werden.

In der medialen Darstellung sowohl im Ausland als auch in Ägypten erschien der 14. Mai als tragischer Zusammenstoß verfeindeter religiöser Gruppen, während das repressive Vorgehen des Regimes, das sich auf diese Art eines unliebsamen Protestes entledigte aus dem Blick geriet. Es ist wahr, dass nach wie vor eine starke Spannungen zwischen radikalen Minderheiten innerhalb der verschiedenen Religionsgruppen besteht, wichtig ist es aber zu berücksichtigen, dass diese schon seit Jahren bewusst geschürt werden.

Schon Mubarak präsentierte sich sowohl nach außen als auch nach innen gerne als Garant der Sicherheit. Dass seine Geheimdienst gleichzeitig das Feuer zwischen den religiösen Communitys anfachten wurde lange Zeit nur vermutet, seit der Erstürmung der Archive kommen entsprechende Indizien ans Tageslicht. So wurde bekannt, dass die Sicherheitspolizei schon im Voraus von dem Anschlag in der Silvesternacht 2010 auf eine koptische Kirche, bei dem 23 Menschen ums Leben kamen, wusste.

Diese sogenannte »Strategie der Spannung« wurde auch schon in der Vergangenheit mit terroristischen Mitteln vorangetrieben. Hinter diesen Begriff verbergen sich die unterschiedlichsten Maßnahmen zur Destabilisierung oder Verunsicherung von Bevölkerungsteilen, einer Region oder eines Staates. Ausgeführt oder zumindest gefördert wird dies durch verschiedene staatliche Organe, wie den Geheimdiensten. Die Ereignisse in Ägypten zeigen gewisse Parallelen zur staatlichen Strategie im Italien der 1970er und 1980er Jahre. Damals führten geheimdienstliche Gruppen Anschläge gegen die Zivilbevölkerung durch, um diese linken und anarchistischen Gruppen anzulasten, um so eine Regierungsbeteiligung der kommunistischen Partei zu verhindern und die Fronten der politischen Auseinandersetzung zu verhärten.

Zunehmende religiöse Konflikte haben für das Regime, damals wie heute den Vorteil ein repressives Vorgehen der Sicherheitsorgane zu rechtfertigen, da eine verängstigte Bevölkerung sich nach einem starken Staat sehnt. Gleichzeitig lenken die religiösen Auseinandersetzungen von den Zielen der ägyptischen Revolte ab. Deshalb legten die Aktivist_innen während der Proteste und auch heute noch einen besonderen Wert auf die Einheit von Kopt_innen, Muslim_innen und Atheist_innen in ihrem Kampf für ein sozialeres Ägypten. ★

Europas Festung steht

In vielen Ländern Nordafrikas herrschen Bürgerkriege und Unruhen. Aufgrund der katastrophalen humanitären Lage fliehen seit März 2011 wieder verstärkt Menschen über das Mittelmeer nach Europa. Doch statt der existenziellen Not der Flüchtenden, beherrscht die imaginäre Bedrohung von »menschlichen Tsunamis« (Berlusconi) die öffentliche Diskussion

Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg



Aktuell dreht es sich um etwa 25.000 Flüchtlinge, die hauptsächlich vor den politischen Unruhen und den damit einhergehenden Hungersnöten aus Tunesien und Libyen geflohen und auf ihrer Flucht auf der italienischen Insel Lampedusa gestrandet sind. 25.000 Personen, also lediglich eineinhalb Prozent der Leute, die an Silvester regelmäßig am Brandenburger Tor versammelt sind. Auch wenn es in den Medien überwiegend so dargestellt wird, dass es tatsächlich die Anzahl der Flüchtlinge ist, die die Europäische Union nervös macht, so liegt die Ursache für diesen unruhigen Erregungszustand doch woanders. Die jüngsten Flüchtlingsbewegungen haben aufgezeigt, dass das System der Abschottung an den europäischen Außengrenzen Schwachstellen hat. Mit einer Rechtsentwicklung, die bereits Mitte der 1980er Jahre begann, verpflichteten sich die Mitgliedsländer die stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen abzuschaffen und dafür die Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung auszubauen und zu verstärken. Denn in einem sind sich die europäischen Länder einig – Flüchtlinge? Nein Danke!

Dabei flüchtet der Großteil in afrikanische Staaten und weniger als fünf Prozent riskieren das lebensbedrohliche Unterfangen, gegen den Willen der stetig ausgebauten europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, mit Booten Italien zu erreichen. Umso verlogener erscheint heute die Freiheitsrhetorik westlicher Politiker_innen, die angesichts der Migrationsbewegungen aus und über Nordafrika einmal mehr das Bedrohungsszenario der Überflutung bemühen, gegen die die europäische Grenzschutzagentur

FRONTEX in Stellung gebracht wird. Die EU-Regierungen haben die nordafrikanischen Machthaber hofiert und gestützt und sich in den ersten Wochen zögerlich bis bremsend gegenüber den Aufstandsbewegungen verhalten. Dahinter stecken starke ökonomische Interessen, aber auch die gewachsene Kollaboration in der Migrationskontrolle. Despoten wurden umso wichtigere »Partner«, je effektiver sie für ein vorverlagertes EU-Grenzregime fungierten. Migrationsbewegungen aus Afrika sollten um jeden Preis eingedämmt werden. Tod und Leid nicht mehr nur auf See, sondern auch in den Wüsten und Internierungslagern waren und sind die Folgen dieser Komplizenschaft. Die Migrant_innen aus Subsahara-Afrika, die aktuell in Libyen Opfer von Hetzjagden werden, waren unter Gaddafi seit Jahren einer systematischen Entrechtung, Willkür und Misshandlungen ausgeliefert.

Die EU hat Libyen dafür Millionen gezahlt, sowie Überwachungstechnik und Waffen geliefert. Und jetzt empören sich dieselben EU-Regierungen darüber, dass Gaddafi diese Waffen auch gegen sein eigenes Volk

statt nur gegen Flüchtlinge einsetzt. Seine einst besten Freunde – Berlusconi und Sarkozy – haben am vehementesten für militärische Angriffe gegen Gaddafis Truppen votiert und heucheln nun Verwunderung, dass eine Flugverbotszone und Luftangriffe dem Bürgerkrieg kein Ende setzen, sondern im Gegenteil ihn auf brutale Weise verlängert. Es geht weiterhin um Macht, Einfluss und die Absicherung der Dominanz europäischer Unternehmen in Afrika.

Die Reaktionen auf die, die es nach Europa schaffen sind nur scheinbar unterschiedlich, die Konsequenzen jedoch sind die Selben. Während Italien einen Aufnahmenotstand herbeiredet und den Flüchtlingen temporäre EU-Aufenthaltsgenehmigungen erteilt, blockiert Frankreich Zugstrecken um Flüchtlinge an der Einreise zu hindern. In Dänemark wird über eine permanente Kontrolle der Grenzen diskutiert. Auch Deutschland zieht alle Register zur Abschottung und gehört, wie so oft, zu den Hardlinern. Aus Angst von Flüchtlingsströmen überrannt zu werden, will Deutschlands Innenminister Friedrich auch an der bayrischen Grenze zu Österreich wieder Kontrollen einführen. Schengen soll außer Kraft gesetzt werden. Friedrich kündigte bereits an, dass die Visa aus Italien in Deutschland formal nicht anerkannt würden. Falls die Grenzkontrollen nicht durchsetzbar seien, werden tausende Polizist_innen in Bayern eingesetzt, um Jagd auf Flüchtlinge zu machen. Offiziell wird dies »Schleierfahndung« genannt, gemeint ist allerdings »Racial Profiling« was nichts anderes bedeutet, als eine Überprüfung der Menschen unter rassistischen Kriterien, wie Hautfarbe oder Sprache.

Lediglich 100 Flüchtlinge aus Malta wurde eine Einreiseerlaubnis zugesichert. Auch Bundeskanzlerin Merkel äußerte, dass »nicht alle Menschen, die in Tunesien jetzt nicht sein wollen, jetzt nach Europa kommen« können. Bürgerkrieg, Repression, Armut und Hunger als Antrieb zu fliehen umschreibt sie relativierend als einen Gemütszustand – nämlich Unlust. Die panischen Maßnahmen Deutschlands folgen einem alt bekannten rassistischen Muster: Der Angst, dass »ungebildete Flüchtlinge massenhaft hier auftauchen«, den »Einheimischen Arbeit und Existenz berauben«, sowie »den letzten Krumen Brot vor der Nase wegnappen«; der Angst, dass mit den Flüchtlingen, die fliehen mussten, um ihr Überleben zu sichern, hier »das Chaos ausbricht« und »die Sozialsysteme implodieren«. Doch diese Ängste entbehren jeglicher rationalen Grundlage – von Überforderung des Aufnahmesystems kann noch lange nicht die Rede sein. Es geht bei der populistischen Panikmache offensichtlich um mehr. Zum einen um die Aufrechterhaltung der Konstruktion eines äußeren Feindes. Und gleichzeitig um ein Signal der deutschen Gastfreundschaft, dass sich so in alle Winde verteilen soll: Hier kommt ihr in Lager, werdet ausgegrenzt, isoliert, dürft nicht arbeiten, nicht wählen und bleibt somit immer fremd. ★

◆ kampagne-abolish.info | bglibb.blogspot.de

Im Windschatten eines Pseudo-Ausstiegs

Kanzlerin Merkel lässt sieben Atomkraftwerke vorübergehend oder ganz vom Netz nehmen, Seehofer will bis 2020 alle Atomkraftwerke in Bayern stilllegen und die FDP fordert eine Beschleunigung des Atomausstiegs. Die Regierungsparteien überstürzen sich in Ausstiegshetorik, denn mit einem offenen Bekenntnis zur Atomenergie sind derzeit keine Wahlen mehr zu gewinnen

Ursula Schönberger (Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.)

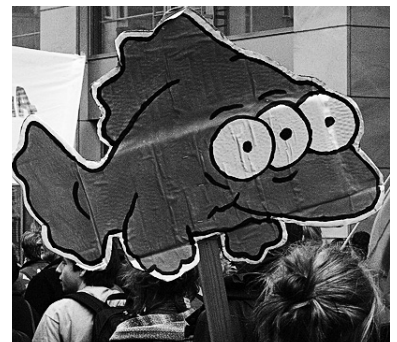


Die Massenproteste gegen Atomenergie, die durch die Katastrophe von Fukushima noch einmal zugenommen haben, scheinen die politischen Fronten ins Wanken zu bringen. Und auch die vier großen Energiekonzerne halten sich merklich zurück. Zwar trommelte RWE Chef Großmann gegen die vorübergehende Abschaltung von Biblis und legte Klage ein, Ddoh ließ er es letztlich nicht auf einen Machtkampf ankommen und verzichtete auf das sofortige Wiederanfahren des Meilers.

Es geht für E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW derzeit um viel. Es geht darum, sich trotz der gesellschaftlichen Ablehnung der Atomenergie weiterhin die Vormachtstellung auf dem Energiesektor zu sichern. Und dazu brauchen sie auch die Bundesregierung als Partner. Die Frage lautet nicht mehr nur: Atomkraft ja oder nein. Die Frage ist, wer bei der Neuordnung des Energiesektors Gewinner und wer Verlierer ist.

Grundsätzlich ist Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein eigenständiger und hoher Wert an sich. Atomenergie ist eine todbringende Technik, deren Einsatz allein Profit- und Machtinteressen von Unternehmen und Staaten dient. Bereits beim Uranabbau werden ganze Landstriche verstrahlt, in der Umgebung von Atomanlagen erkranken die Kinder häufiger an Krebs und für den über Hunderttausende von Jahren tödlich strahlenden Müll wird es nie eine sichere Lösung geben. In Japan bekommen wir erneut vor Augen geführt, dass es sich um eine Technik handelt, die unbeherrschbar ist. Die Folgen dieser bisher größten Katastrophe werden erst nach und nach sichtbar werden: Großräumig verstrahlte Umwelt zu Lande und zu Wasser, multiple Schädigungen der Gesundheit, höhere Todesraten und Missbildungen bei Neugeborenen.

Den Ausstieg aus der Atomenergie durchzusetzen ist deshalb für sich genommen ein emanzipatorischer Akt, die Aneignung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist seit der Katastrophe von Tschernobyl für den Ausstieg aus der Atomenergie. Der Erkenntnis, diesen Irrweg



der technischen Entwicklung nicht weiter gehen zu wollen, stehen die Profitinteressen der vier großen Energiekonzerne gegenüber. Ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie würde einen Sieg des Willens der Menschen über die Macht hochmonopolisierter Kapitale bedeuten. Der Atomkonsens von 2000 war kein solcher Sieg. Rot-Grün hat den Energiekonzernen eine Brücke gebaut, die mindestens 21 Jahre dauern sollte. Das erste Mal wurden den Energieversorgern Produktionsrechte für Atomstrom gesetzlich zugesichert und zwar nochmal so viele wie sie bis zum 31.12.1999 bereits erzeugt hatten. Die Profite der Konzerne waren für mehr als 20 Jahre abgesichert, sie konnten sich zurücklehnen und abwarten, ob sich die politische Landschaft noch weiter zu ihren Gunsten ändern würde.

Bei der Laufzeitverlängerung von Schwarz-Gelb im Jahr 2010 ging es schon um mehr als nur den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. In den Jahren zuvor war eine lange unterschätzte Konkurrenz für die Energiekonzerne herangewachsen. 13 Prozent des Stroms in Deutschland wird heute mit Sonne und Wind erzeugt. Davon entfallen 12,5 Prozent auf die Regionalversorger, Stadtwerke, Bürgerwindparks und Privathaushalte. E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW tragen nur 0,5 Prozent bei. Die erneuerbaren Energien sind ihrem Nischendasein entkommen und zu einem potenten Wirtschaftszweig geworden, flankiert durch politische Maßnahmen wie den gesetzlichen Vorrang für die Einspeisung von Ökostrom ins Netz und garantierte Einspeisevergütung. An guten Tagen, wenn viel Wind wehte, sackt infolgedessen der Preis an der Strombörse drastisch ab. Die AKW-Betreiber_innen mussten zeitweilig sogar noch Geld dazu geben, damit ihr Strom abgenommen wurde, schließlich lässt sich ein Atomkraftwerk nicht so schnell vom Netz nehmen nur weil sich keine Käufer_innen für den Strom findet. Dieser Systemkonflikt zwischen schwerfälligen Atom- und Kohlekraftwerken auf der einen Seite, und den erneuerbaren Energien auf der anderen Seite, wurde mit dem Energiepaket der Bundesregierung im letzten Herbst erst einmal zugunsten von Kohle und Atom und den vier großen Energiekonzernen entschieden.

Nun haben die vier Konzerne nicht grundsätzlich etwas gegen erneuerbare Energien einzuwenden, wenn der Profit in ihren Kassen klingelt. Solange es sich um eine dezentrale Nischenproduktion mit geringer Rendite handelt, sind Investitionen in diesem Sektor für die Energiemonopolisten unrentabel. Interessant wird es für sie erst, wenn es sich um zentrale Großprojekte handelt, die entweder hochprofitabel sind oder vom Staat kräftig subventioniert werden und wenn sie die marktbeherrschende Stellung der Konzerne zementieren können. Deshalb sollte die schwarz-gelbe Regierung nach Vorstellung der Energiekonzerne, eine atomare Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren bauen, die solange reicht, bis die Konzerne selbst mit ihren Großprojekten in der Sahara (DESERTEC) und Offshore-Windparks daran verdienen können.

Die Katastrophe von Fukushima hat diese Politik scheinbar erst mal in Frage gestellt. Doch man sollte sich nicht täuschen. Worum es bei der parteiübergreifenden Diskussion, wie lange man denn Atomkraft in Deutschland noch gebrauchte werde geht. Bei den Rufen nach einer neuen Konsens-Runde und bei der Installierung eines eigentlich völlig überflüssigen Ethik-Rates geht es nur um Folgendes: Den Schock und die Wut der Bürger_innen und Bürger über die Katastrophe in Japan und die Energiepolitik in Deutschland soweit einzulullen, dass die einzig richtige Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke an den Rand des gesellschaftlichen Konsenses gedrängt wird. In dieser für die Atomindustrie dramatischen Stimmung in Deutschland möglichst viele Atomkraftwerke solange zu retten, bis die Empörung wieder in den Hintergrund tritt. Macht und Profite der Konzerne möglichst umfänglich zu retten, denn nur ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie hätte einschneidende Konsequenzen für die großen Vier. Sie könnten nicht flexibel reagieren und würden an Stadtwerke und Akteure_innen der Erneuerbaren erhebliche Anteile an der Stromversorgung abgeben müssen. Damit dies nicht geschieht stellt die derzeitige Bundesregierung im Windschatten eines Pseudo-Ausstiegs die Weichen für die großen Konzerne. Parallel zur

Novellierung des Atomgesetzes soll auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz bis zum 8. Juli im Schnellverfahren durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht werden. In allen Bereichen, ob Wind, Sonne oder Biomasse soll die Förderung für kleine Anlagen zurück gefahren und für große Anlagen ausgeweitet werden. Zusätzlich gibt's es noch fünf Milliarden Subventionen für die Konzerne für und ihre Offshore-Windparks oben drauf.

Die vorrangige Einspeisung von Ökostrom soll gekappt werden. Eine Marktpremie soll die Ökostromanbieter anreizen, ihren Strom hauptsächlich dann einzuspeisen, wenn die Nachfrage besonders hoch ist. Damit die Konzerne auch in Zeiten von viel Wind und Sonne künftig nicht mehr leer ausgehen, soll wird der Ökostrom der Kleinanbieter (hier sahen wir ein Dilemma des Begriffs Ökostrom: Wenn die großen Konzerne in Zukunft regenerativ im großen Stil produzieren sollten, muss man das Produkt dann auch »Öko« nennen? Deshalb der Versuch mit dem Einschub „der Kleinanbieter“ sich aus der Affäre zu ziehen..) an den Rand gedrängt werden und möglichst nur noch fließen, wenn andere Kraftwerke den Bedarf an Strom nicht abdecken können.

Wir befinden uns mitten im Kampf um die Zukunft des Energiesektors. Der Sofortausstieg aus der Atomenergie ist dabei im Moment das wichtigste Ziel. Wenn wir aber darüber hinaus eine Energieversorgung haben wollen, die ökologisch und gerecht ist und die Lebensgrundlagen der Menschen im Globalen Süden nicht zerstört, müssen wir weiter gehen. Dazu braucht es Bündnisse aller Akteur_innen, die an unterschiedlichen Stellen gegen Vorhaben der Energiekonzerne kämpfen, sei es gegen die Verpressung von CO2 in der Erde, sei es gegen neue Tagebaue oder Megastrommasten. Energieversorgung gehört in Hand von Kommunen und Genossenschaften und muss dezentral organisiert werden. Wenn wir eine Energiepolitik wollen, die die Menschen nicht verstrahlt, das Klima nicht zerstört und Landschaften nicht in riesige Tagebaue verwandelt, geht das nur, wenn die Macht der Energiekonzerne gebrochen wird. ★



Eine Straße für Silvio Meier



Anlässlich des Todestages von Silvio Meier findet seit 1993 jedes Jahr eine Mahnwache an der Gedenktafel im U-Bahnhof Samariter Straße statt. Die alljährliche Silvio-Meier-Gedenkdemostration, die immer aktuelle Probleme von Neonazismus und Rassismus thematisiert, hat sich mit mehreren tausend Teilnehmer_innen zur größten regelmäßig stattfindenden antifaschistischen Demonstration in

Berlin entwickelt.

Im Rahmen der Silvio-Meier-Demo 2009 wurde die Forderung nach Erneuerung einer Silvio-Meier-Straße laut. Die »Initiative für ein aktives Gedenken« gründete sich daraufhin im Vorfeld der 18. Silvio-Meier-Gedenkdemostration im Jahr 2010 und treibt dieses Vorhaben voran. Sie organisiert diverse Veranstaltungen und Aktionen, um einen Gegenpol zur voranschreitenden Entpolitisierung des Straßenbildes zu schaffen und die Auseinandersetzung mit der Thematik auch Abseits der Gedenkaktivitäten am Todestag zu ermöglichen. Aktuell hat sie einen offenen Brief an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Friedrichshain-Kreuzberg formuliert den ihr auch online unterzeichnen könnt. So will sie mit einem großen Umfeld an Unterstützer_innen Nägel mit Köpfen machen und fordert konkret die Straßenumbenennung. Mittlerweile gibt es ebenfalls den Vorschlag eine Stadtbibliothek nach Silvio Meier zu benennen. Auch das wäre für die Initiative eine Möglichkeit des würdigen Gedenkens.

Mehr Infos: www.aktivesgedenken.de

Nachdem am Freitag, den 13.05. zufällig bekannt wurde, dass Nazis am Samstag durch Kreuzberg marschieren wollen, organisierte ein Bündnis aus Antifaschistische Linke Berlin (ALB), ver.di, VVN/BdA und weiteren antifaschistischen Gruppen in weniger als 24 Stunden Gegenproteste und verhinderte die Naziaktivitäten erfolgreich. Obwohl die Polizei die angemeldete Route der Nazis geheim hielt, gelang es schon von Anfang an die Nazis zu blockieren. Etwa 800 Antifaschist_innen verhinderten, dass Kreuzberg zum Aufmarschgebiet der Neonazis wurde. Ihnen gegenüber standen etwa 140 Nazis, die aus dem gesamten Bun-

ner Polizei in keinsten Weise von ihrem Tun abgehalten. Des weiteren hat die gemeinsame Strategie von Polizeiführung und Nazis die Route konsequent zu verheimlichen den Anwohner_innen keine Möglichkeit gegeben sich effektiv zu schützen. Außerdem hat die Polizei durch ungehemmten Pfeffersprayeinsatz auch aktiv Antifaschist_innen verletzt.

Die ALB erhebt schwere Vorwürfe gegen die Berliner Polizei: »Wenn Migrant_innen in Kreuzberg wie an diesem Tag angegriffen werden, trägt die Polizei dafür die Verantwortung. Nur durch ihre Verschleierungs-



Staat und Nazis Hand in Hand

Am 14.05.2011 verhinderten über 800 Antifaschist_innen einen geplanten Naziaufmarsch durch Kreuzberg. Durch ihre Zusammenarbeit mit den Nazis erschwerte die Polizei den antifaschistischen Widerstand und verhinderte die Aufarbeitung der Vorfälle. Außerdem stellt die Polizei keinerlei Bemühungen an die Nazis zu identifizieren, die Menschen angegriffen und schwer verletzt haben

desgebiet angereist waren. Sie wollten unter dem zynischen Motto »Wahrheit macht frei« marschieren und skandierten aggressiv Parolen wie »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« und ähnliche Phrasen.

Bei einem Ausbruch der Nazis aus dem Polizeikessel wurden mehrere Blockierende angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Die Nazis machten nach ihrem Ausbruch im U-Bahnhof Mehringdamm regelrecht Jagd auf Menschen, die nicht deutsch aussehen. Als die Nazis den U-Bahnhof verließen trafen sie nur auf vereinzelte Gegendemonstrant_innen, denn das Gros der Antifaschist_innen wurde in einem Polizeikessel etwa hundert Meter weiter festgehalten. Bei dem Versuch auch mit wenigen Leuten, die Nazis mittels einer Sitzblockade aufzuhalten wurden vier junge Männer von den Neonazis regelrecht überannt und die Nazis traten auf die am Boden sitzenden ein.

Die Polizei trägt erhebliche Schuld an der Situation und den Verletzten. Die Nazis wurden von der Berli-

taktik bezüglich der Route wurde eine solche Situation geschaffen« Und der VVN-BdA kritisiert, »dass zu jeder Zeit die Sicherstellung des Aufmarsches der als gewaltbereit bekannten Neonazis durch die Polizei im Vordergrund stand, selbst noch nach dem Ausbruch innerhalb des U-Bahnhofes und trotz der Übergriffe auf Migrant_innen und Gegendemonstrant_innen.« Das alles lässt die Polizeiführung kalt. Polizeipräsident Glietsch verteidigte auch im Nachhinein und angesichts der vielen Verletzten seine Entscheidung Ort und Zeit der Nazidemo geheimzuhalten.

Ein weiterer Hinweis auf die Paktiererei der Polizei mit den Nazis ist die Tatsache, dass an diesem Tag am Mehringdamm ausschließlich Antifaschist_innen verhaftet wurden. Auch nach den schweren Überfällen der Neonazis wurden diese lediglich beiseite geschoben und konnten anschließend den Tatort ungehindert verlassen. Auch im Anschluss gab es keinerlei Bemühungen, die Täter_innen zu identifizieren oder festzunehmen. ★

Demokratie von oben

Vor einem halben Jahr sorgte das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna (AKuBiZ) bei der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie für einen Eklat. Es nahm den mit 10.000 Euro dotierten Hauptpreis aus Protest gegen die von der Bundesregierung geforderte »Demokratieerklärung« nicht an. Diese mutige Entscheidung war die Initialzündung einer bis heute andauernden öffentlichen Debatte

Die sogenannte »Demokratieerklärung« ist ein Dokument, mit dem sich die freien Träger antirassistischer Arbeit zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bekennen müssen, wollen sie weiterhin durch öffentliche Mittel gefördert werden. Mit einer Unterschrift werden sie zudem verpflichtet jegliche Personen, Vereine und Organisationen, mit denen sie zusammen arbeiten, auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen. Aufschluss über eine mögliche »extremistische Ausrichtung« sollen die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder geben.

Die Verpflichtung, jegliche »Kooperationspartner_innen auszuleuchten, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie«, heißt es in der Erklärung des AKuBiZ. Das trifft den Nagel auf den Kopf: Schließlich ist der Verfassungsschutz ein Geheimdienst und deshalb notwendiger Weise intransparent und undemokratisch. Sollte dieser letztlich entscheiden, mit wem zusammen gearbeitet werden darf, dann müssen sich die zivilgesellschaftlichen Initiativen auf Erkenntnisse von Spion_innen verlassen, die sie nicht überprüfen können.

Doch auch ohne dem Geheimdienst die Deutungshoheit zu überlassen, wäre die Klausel praktisch eine Anweisung zum Denunziantentum. Allein schon die von den Unterzeichner_innen eingegangene Verpflichtung, »die demokratische Korrektheit ihrer Mitstreiter anhand aller möglichen Dokumente zu überprüfen, be-

fördert einen Vor-

abverdacht und eine Schnüffelmoralität, die das demokratische Engagement unterminieren«, konstatiert die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Gesine Schwan.

Die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), die für den Schnüffelparagrafen verantwortlich ist, lässt sich von den Argumenten nicht beeindrucken: »Wer damit schon ein Problem hat, der maskiert sich selbst«, ließ sie unlängst verlauten. Sie offenbarte damit ihr tief sitzendes Misstrauen gegenüber einer unabhängigen Zivilgesellschaft. Demnach verstecken sich hinter dem alltäglichen, antirassistischen Engagement vor Ort – das in einigen Regionen bisweilen erhebliche Risiken für Leib und Leben birgt – immer dann umstürzlerische Aktivitäten, wenn zugleich Kritik an staatlichem Handeln geübt wird.

Mittlerweile fordern jedoch mehr als 1.500 Projekte, Initiativen und Einzelpersonen die Rücknahme bzw. die Revidierung der Klausel. Dabei es handelt sich nicht nur um jene zivilgesellschaftlichen Initiativen, deren wichtige Arbeit durch die Bundesfamilienministerin torpediert wird. Auch große Interessenverbände wie Gewerkschaften, der Zentralrat der Muslime und der Juden in Deutschland protestieren gegen das geforderte Loyalitätsbekenntnis. Zudem stellen namenhafte Staatsrechtler sowie der wissenschaftliche Dienst des Bundestages die Verfassungsmäßigkeit der Extremismusklausel selbst in Frage.

Seit ein paar Wochen wirbt nun sogar der Berliner Senat bei den anderen Bundesländern für eine gemeinsame Bundesratsinitiative gegen den Schnüffelparagrafen der »Demokratieerklärung«. Es gäbe »erhebliche Bedenken zur praktischen Umsetzung der Erklärung.« Denn für die freien Träger sei es unmöglich, ein rechtlich verwertbares Urteil über die Verfassungstreue von Referent_innen und Partnerorganisationen abzugeben. Schließlich kämen selbst die Verfassungsschutzämter immer wieder zu Einschätzungen, die vor Gericht nicht standhalten.

Doch die Mühlen der bundesrepublikanischen Bürokratie mahlen langsam. In Sachsen, wo die Anweisung auf dem Bundesfamilienministerium in vorauseilendem Gehorsam bereits umgesetzt wird, stehen die ersten Projekte schon vor dem Aus. ★

Die mg dokumentiert

Nach drei Jahren Solidaritätsarbeit und der Verurteilung von Axel, Florian und Oliver wegen versuchter Brandstiftung an Bundeswehr-LKW im Berliner mg-Prozess legt das Einstellungsbündnis sein Resümee vor. Die Soli-Gruppe beschreibt unter anderem die verschiedenen Linien und Fallstricke der Soli-Arbeit, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, einen politischen Prozess zu führen und die Wahrnehmung durch die Linke und die Medien. Die Auswertung versteht sich als Handreichung für alle, die sich mit Repression auseinandersetzen, von ihr betroffen sind oder sein könnten.

Weitere Informationen unter:
www.einstellung.so36.net

Der Papst kommt



Im September diesen Jahres besucht Joseph Ratzinger, besser bekannt unter seinem Künstlernamen Papst Benedikt XVI. Berlin. Dabei wird er vor dem Bundestag sprechen und eine große öffentliche Messe abhalten. Gegen seinen Besuch formiert sich Protest in einem breiten Bündnis aus Lesben- und Schwulenverbänden, Kirchenkritiker_innen, Atheist_innen und anderen. In der Kritik stehen viele verschiedenen Punkte: das Kondomverbot, Diskriminierung von Frauen, Schwulen, Lesben, Transgender und seine Politik in Entwicklungsländern. Als zentrale Aktion wird am 22.09. eine Großdemonstration stattfinden, um gegen das ausgrenzende Verhalten der katholischen Kirche und besonders ihres Oberhirten zu protestieren.

Infos: www.derpapstkommt.de



Räumung der »Empörten«

In Barcelona hat die katalanische Polizei am 27. Mai 2011 in den frühen Morgenstunden vorübergehend die seit fast zwei Wochen von der Demokratiebewegung besetzte Plaça Catalunya geräumt. Auch ein Camp in der katalanischen Stadt Lleida wurde gewaltsam aufgelöst.

Rund 400 Menschen hatten die Nacht auf dem Platz im Zentrum der katalanischen Hauptstadt verbracht. Die Besetzer_innen wehrten sich nicht gewaltsam, als die Polizei mit der Räumung begann, sondern setzten sich auf den Boden und hoben die Hände. Die Polizist_innen setzten Schlagstöcke und Gummigeschosse ein. Dadurch wurden nach Angaben der katalanischen Behörden mindestens 120 Personen verletzt. Die Behörden erklärten, es habe sich nicht um eine Räumung, sondern um eine »Säuberung aus hygienischen Gründen« gehandelt. Auf die Polizei folgte ein Trupp der Stadtreinigung. Zelte, Infrastruktur des Camps und persönliche Gegenstände der Protestierenden wurden zerstört oder von der Polizei beschlagnahmt.

Während der gesamten Zeit der Räumung wurden sowohl Journalist_innen, wie auch Anwalt_innen der »Empörten« daran gehindert den Platz zu betreten.

Der spanische Staat erlebt seit Mitte Mai massive soziale Proteste, die weltweit für Aufsehen sorgten. Spanische und internationale Medien zogen teilweise Parallelen zu den Revolten und Aufständen in den arabischen Ländern, da auch in Madrid, Barcelona und anderenorts Protestcamps auf zentralen Plätzen errichtet wurden.

Binnen weniger Tage griffen die Proteste auf alle größeren Städte sowie viele kleine Ortschaften im gesamten spanischen Staat sowie auf Mallorca und die Kanarischen Inseln über. Selbst in zahlreichen europäischen Staaten sowie in den USA sowie in Lateinamerika fanden Demonstrationen statt.

Der Ausbruch und die Massivität der »Bewegung 15-M«, wie diese in Spanien aufgrund der ersten Demonstration am 15. Mai genannt wird, hat alle überrascht: Die politischen Eliten, die sich landesweit im Wahlkampf befanden, die Medien, soziale Bewegungen und nicht zuletzt die Protestierenden selbst.

Was hat es also mit dieser Bewegung der »Indignados« – der Empörten, wie sie in Spanien genannt wird – auf sich? Welche Forderungen gibt es? Begannen hatte

alles mit landesweiten Demonstrationen am 15. Mai, organisiert vom Zusammenschluss »Democracia Real Ya!« (Echte Demokratie, jetzt!). Bis zu 130.000 Personen folgten in Madrid, Sevilla und anderen Städten einem Aufruf, der recht simple Forderung enthielt. Unter anderem hieß es dort »Das Recht auf eine Wohnung, Arbeit, Gesundheit, Zugang zu Kultur und Bildung, politische Beteiligung, die freie Entwicklung jedes Einzelnen sowie das Recht auf Grundversorgung für ein glückliches und gesundes Leben sind Basisrechte einer Gesellschaft. (...) Die aktuelle Funktionsweise unseres Wirtschafts- und Regierungssystems berücksichtigt diese Prioritäten nicht. (...) Die Demokratie ist Teil der Bevölkerung und daher soll die Regierung auch eine der Bevölkerung sein. Dagegen hört uns die absolute Mehrheit der politischen Klasse nicht einmal zu. Wir haben das Geld über den Menschen gestellt«. Gefordert wurde dagegen eine »Ethische Revolution«. Bei »Democracia Real Ya« schlossen sich zahlreiche Organisationen und Vereine, darunter Attac, Erwerbslosenvereinigungen sowie Einzelpersonen zusammen, darunter der Autor Ignacio Escolar, Kolumnist der

linksliberalen Tageszeitung Público.

Im Anschluss an die Demo kam es Zusammenstößen mit der Polizei und ein paar Dutzend Personen wurden festgenommen. Ein erstes gemeinsames Protestschlafen am zentralen Platz Puerta del Sol fand daher zur Freilassung der Festgenommen in Madrid statt.

Dies war offenbar so nachahmenswert, dass sich binnen weniger Tage auch in anderen Städten Per-

sonen zum Campieren auf öffentlichen Plätzen zusammenfanden. Bis zum folgenden Wochenende entstanden dann Protestcamps in allen größeren Städten sowie kleineren Ortschaften des spanischen Staates. Zu allabendlichen Großkundgebungen fanden sich insbesondere in Barcelona und Madrid bis 10.-20.000 Personen ein. Entgegen den meisten Berichten ist die Bewegung keine reine Jugend- oder Studierendenbewegung. An den Protesten sind ebenso Senioren, Erwerbslose, illegalisierte MigrantInnen, Proletarier oder Familien der abgehängten Unterschicht beteiligt. Die nächtlichen Camps prägten jedoch junge Leute zwischen 20 und 30 Jahren.

Internationale Medien sprachen von einer »Spanish Revolution« (Washington Post) und

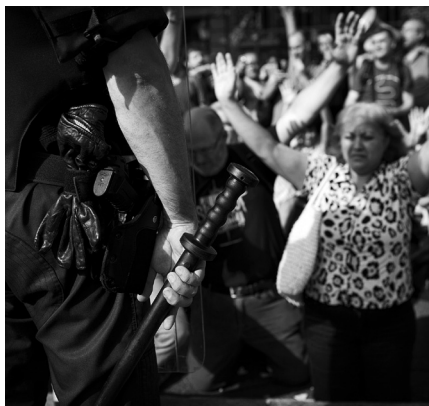
stellten die Protest in einem Zusammenhang mit den Umwälzungen in den arabischen Ländern. Zunächst sah alles danach aus, dass die Proteste nach einer Woche beendet würden, da am 19. Mai Regionalwahlen in Spanien abgehalten wurden.

Bei den Protestcamps spielten die Wahlen keine Rolle. Eine zentrale Parole lautete: »Ihr vertreten uns nicht«. Gemeint waren hauptsächlich die Großparteien PSOE (sozialdemokratisch) und PP (katholisch-konservativ). Doch die völlige Abneigung vom politischen Establishment trifft teilweise auch die spanisch Linkspartei (Izquierda Unida) sowie die großen Gewerkschaftsverbände.

Am Ausbruch der Proteste war einzig der Zeitpunkt überraschend, da es seit mehreren Jahren in der Gesellschaft massive Spannungen gibt. Spanien erlebt die schwerste wirtschaftliche Krise seit 30 Jahre. Die Arbeitslosigkeit stieg binnen weniger Jahre von rund acht auf über 20 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit soll doppelt so hoch sein. ★

»Nimm Dir die Straße zurück!«

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit treibt in Spanien Hunderttausende auf die Straße: Gegen das etablierte Parteiensystem, Korruption und für »Echte Demokratie«



Alle Ausgaben auch
im Netz zum lesen:

WWW.ANTI
TIBERLI
NER.DE
oder auf www.antifa.de



»Wir sind die, denen sie das Maul stopfen wollen«

Ihr tragt immer Masken. Warum?

Am Menschen interessiert im Kapitalismus nur noch die reine Arbeitskraft. Bewertet wird nach den Maßstäben der Ausbeutbarkeit. Die Person und das Gesicht dahinter spielen keine Rolle mehr, wir werden nur noch als gesichtslose Masse wahrgenommen – daher unsere Masken. Wir stehen für Menschen, die weltweit von Armut und Ausbeutung betroffen sind, für Flüchtlinge genauso wie für die allein-erziehende Mutter, die sich mit Niedriglohnjobs durchschlagen muss.

Und wogegen wendet ihr euch?

Wir wollen auf die verschiedenen Formen der Unterdrückung und Ausgrenzung aufmerksam machen. Ausgrenzung passiert jeden Tag so vielen von uns, zum Beispiel im Jobcenter, wo wir von den Beamten_innen vor Ort kleingemacht werden, wenn wir uns nicht alles gefallen lassen. Oder wenn wir einen beschissenen Job machen müssen, bei dem das Geld, mit dem wir abgespeist werden, niemals zum Leben reicht! Und dann wird man weiter fertig gemacht. Sarrazins Hetzbuch, in dem er Leuten wie uns vorwirft, faule Sozialschmarotzer zu sein, verkauft sich ja nicht umsonst so gut.

Die Überflüssigen sind also Sarrazins Sozialschmarotzer?

Ja, das kann man so sagen. Wir sind aber noch viel mehr. Zum Beispiel die Flüchtlinge, die in Lager gesteckt und mit Gutscheinen abgespeist werden. Auch die erheben in Hennigsdorf bei ihrem Gutscheinstreik

Sie tragen Masken und rote Pullover und sie tauchen da auf wo, sie nicht erwartet werden. In den letzten Jahren machten **die Überflüssigen** Aktionen in Jobcentern und Luxusrestaurants, gegen Zeitarbeit und rassistische Diskriminierung. Als letztes besuchten sie die Pressekonferenz, auf der Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer den neuesten Mietspiegel vorstellte

ja gerade die Stimme gegen diese Ausgrenzung. Wir sind all diejenigen, die in unserer Gesellschaft als überflüssig betrachtet werden, weil wir ihren Verwertungskriterien nicht entsprechen. Wir sind die, denen sie das Maul stopfen wollen – aber das schaffen sie nicht. Wir sind viele und wir können sehr, sehr laut sein, am besten genau dort, wo man uns nicht hören will. Zum Beispiel am Jobcenter, in Luxusrestaurants – oder bei der Pressekonferenz zum Mieterhöhungsspiegel.

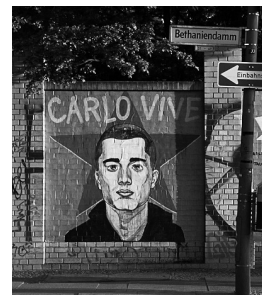
Warum diese Pressekonferenz? Was ist denn so schlimm an einer Übersicht wie viel die Wohnungen in den Bezirken kosten?

Genau das ist es eben nicht nur. Im Mietspiegel werden nicht wertneutral die Entwicklungen in bestimmten Gebieten gezeigt. Billige, alte Mietverträge werden nicht berücksichtigt, gleichzeitig sagt der Mietspiegel, welche Erhöhungen gerechtfertigt sind. Da ist doch klar, dass Wohnen immer teurer wird. Auch das ist Ausgrenzung: Wir können uns die Wohnungen nicht mehr leisten und werden aus unseren Kiezen vertrieben. Aber wir wohnen gerne hier und wollen bleiben. Wir überlassen die Innenstadt nicht den Bonzen_innen und Investoren_innen. Deshalb haben wir uns bei der Pressekonferenz die Bühne genommen. Man kann doch nicht Junge-Reyer den Journalisten_innen in aller Ruhe erklären lassen, wie toll die Entwicklung ist und wie hochwertig sich etliche Kieze entwickeln! Steigende Mieten können wir uns einfach nicht mehr leisten. Deshalb Schluss damit. ★

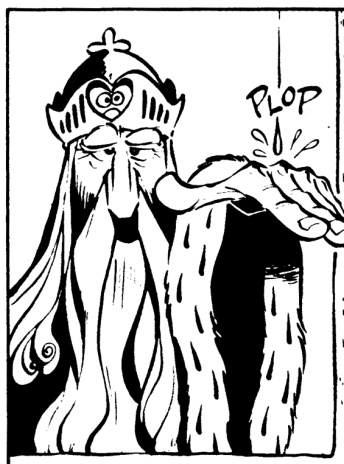
Carlo Giuliani Park

10 Jahre nachdem Carlo Giuliani von der italienischen Polizei erschossen wurde, eröffnete am 1. Mai 2011 der Carlo Giuliani Park in Berlin Kreuzberg. Dieser Park soll ein Freiraum und Ort der Begegnung werden. Der zunehmenden Privatisierung und Kommerzialisierung wird dort eine Abwesenheit von Konsum- und Leistungsterror, Sicherheitswahn und Überwachung entgegengesetzt.

Die Aktion zur Umbenennung stellt sich bewusst in den Kontext jahrzehntelanger internationaler Gipfelproteste, die 1994 von der zapatistischen Bewegung inspiriert war und 2001 im »Summer of Resistance« mit Protesten in Davos, und Genua mündete. 300.000 Demonstrant_innen wurden daraufhin in Genua mit brutaler Repression überzogen: „Auf die Köpfe, die sie nicht erobern konnten mussten sie einschlagen, die lauten Stimmen für eine andere Welt sollten zum Schweigen gebracht werden“, heißt es dazu im Aufruf zum »Carlo Giuliani Park«. Der Park wurde von ehemaligen Betroffenen der Repression in Genua ausgerufen, die sich 2001 in der Gruppe »Genova Libera« zusammenschlossen hatten. »Carlos Name soll uns erinnern und gleichzeitig nach vorne schauen lassen, uns Mut und Kraft geben weiterhin für eine Welt zu kämpfen, in der Unterdrückung, Naturzerstörung, Krieg und das Wettrennen an den Börsen der Metropolen ein für alle Mal Geschichte sind.«



Clausula Extremus die Extremismusklausel und was vor vielen vielen Jahren noch so geschah und wer war die Schröder eigentlich? Eine kleine Zeitreise.



Übrigens: für die Schröder war hier kein Platz!
 Übrigens: belegte Gastgeber Eintracht-Sportfreunde Windecken im Vorjahr mit 0:8 Punkten (!) den letzten Platz, und stieg später in souveräner Manier in die Bezirksoberliga Frankfurt-Ost auf.